



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 4. Februar.

Die Budgetdebatten der abgelaufenen Woche erreichten ihren dramatischen Höhepunkt in dem Wortgefechte über den Dispositionsfonds „für allgemeine politische Zwecke“. Diese 31,000 Thaler haben seit langen Jahren das Verdienst, den Sensationsbedürftigen der Tribünen einen genußreichen Tag zu verschaffen. In dieser Beziehung haben sie ihren Ruf auch heuer bewährt. Aber niemals zuvor bewegte sich der Streit auf so plattem Niveau, wie diesmal. Prinzipiell wurde der Fonds eigentlich nur von ultramontaner Seite angefochten. Herr Windthorst will weder eine officiöse Presse, noch eine geheime Polizei. Beide gelten ihm als schlechtweg verwerflich. Sein Gesinnungsgenosse v. Schorlemer verstieg sich sogar so weit, die officiöse Publicistik als „Pestbeule“ zu charakterisiren, für welche drastische Bezeichnung natürlich eine levis nota von Seiten des Präsidenten nicht ausblieb. Das Seltsame dabei ist nur, daß Alles, was man hier mit so gewaltiger sittlicher Entrüstung bekämpft, nirgends sorgfältiger ausgebildet ist und nachdrücklicher ausgeübt wird, als in der Staatskunst der Jesuiten. Auch dürfte es interessant sein, näher zu untersuchen, ob die weiland hannoversche Staatsregierung zu Zeiten der Windthorst'schen Ministerschaft ihre Hände von diesen Greueln wirklich so rein gehalten hat, wie man nach dem catonischen Auftreten des Führers der Centrumspartei vermuthen sollte. Allein, nicht diese Angriffe von ultramontaner Seite gaben der Debatte die Signatur; das Charakteristische lag in dem Duell zwischen der Fortschrittspartei und dem Minister des Innern. Aus dem Dispositionsfonds wird u. A. die „Provinzialcorrespondenz“ unterhalten. Man kann der Fortschrittspartei nicht verargen, wenn sie dies Organ mit ihrem Groll bedenkt; es hat sie, namentlich zur Zeit der Landtagswahlen, mit entschiedenster Unzweideutigkeit als die von der Regierung perhorrescirte Partei gekennzeichnet. Nur nimmt es sich nach den jüngsten Erfahrungen in der That recht komisch aus, wenn gerade die Führer der Fortschrittspartei sich zu Lehrmeistern in der Loyalität und Sittlichkeit des politischen Parteikampfes aufwerfen. Wir sind weit entfernt, die Art, wie die „Provinzialcorrespondenz“ die Fehde geführt hat, zu billigen; bedenken wir aber, wie der nationalliberalen Partei dafür, daß sie in der Landtagswahlbewegung die Uebertreibungen der Officiösen über den angeblich staatsfeindlichen Charakter der Fortschrittspartei zurückgewiesen hat, von der letzteren vergolten worden ist, so ist uns sehr erklärlich, daß die Nationalliberalen durchaus nicht Lust zeigten, sich durch die pathetische Philippika des Herrn Virchow mit fortreißen zu lassen. Für ihre

Abstimmung durfte lediglich maßgebend sein, ob der in Rede stehende Dispositionsfonds prinzipiell zu billigen ist oder nicht. In diesem Zusammenhange konnte sich Laske auf die Constatirung der Thatsache beschränken, daß keine Regierung ohne derartige Mittel auskommen kann. Auch was die „Provincialcorrespondenz“ und speziell ihre Stellung zu den Wahlen betrifft, so wird zwar festzuhalten sein, daß die Regierung sich activ in den Wahlkampf nicht einmischen soll, aber kein billig Denkender kann ihr verbieten wollen, generell vor dem Lande zu erklären, welche der vorhandenen Parteirichtungen ihr für die gemeinsame Arbeit an den Aufgaben des Staats förderlich scheinen, welche nicht. So verlief denn die große Ministeranlage, welche die Fortschrittspartei so emphatisch in Scene setzte, im Grunde recht kläglich; mit 213 gegen 157 Stimmen wurde der Dispositionsfonds bewilligt. Den Eindruck aber, welchen namentlich die Virchow'sche Rede mit ihren Seitenhieben auf nationalliberale Pressorgane hinterlassen, bezeichnet am besten ein nach der Sitzung gefallenes Bonmot: „Quittung über empfangenen Aerger.“

Abgesehen von diesem einzigen „heißen Tage“ trugen die Discussionen das Gepräge jener nüchternen Sachlichkeit, welche, wenn eine Statsberathung überhaupt von Nutzen sein soll, durchaus die Regel bilden muß. Fragen von allgemeiner Tragweite traten nur selten in die Debatte. Eine der wichtigsten schien diesmal die Aufmerksamkeit des Hauses weniger zu reizen, als in früheren Jahren, die Frage der Parzellirung von Domänengrundstücken zum Zwecke der Errichtung kleiner bäuerlicher Stellen. Es handelt sich dabei um das Problem der Wiedererschaffung eines Bauernstandes in Pommern, der daselbst bekanntlich unter der schwedischen Herrschaft, gleichwie in Mecklenburg, so gut wie verschwunden ist. Das Abgeordnetenhaus hat die Regierung wiederholt ersucht, pachtfrei werdende Domänen in geeigneter Weise zur Herstellung kleiner Bauerngüter zu verwenden. Es war damit auch der Anfang gemacht worden, und der Finanzminister erklärte noch im vorigen Jahre, daß auf dem betretenen Wege fortgefahen werden solle. Geringerer Gunst aber erfreute sich das Unternehmen im Herrenhause. Von hochfeudaler Seite wurde im vorigen Jahre eine Resolution beantragt, nach welcher in der gedachten Weise nur dann vorgegangen werden solle, wenn der beabsichtigte Erfolg im voraus gesichert sei. Das Plenum des Herrenhauses modificirte den Antrag zwar etwas; sein Beschluß klang aber zum mindesten nicht wie eine Aufmunterung für die Regierung. Gegenwärtig erklärt nun die letztere, daß für das Statsjahr 1877/78 eine weitere Parzellirung von Domänen nicht in Aussicht genommen sei. Es lag nahe, dahinter ein Aufgeben des ganzen Planes zu vermuthen. Das will sie nun freilich nicht Wort haben; sie spricht nur von einstweiliger Sistirung, begründet dieselbe durch gemachte ungünstige Er-

fahrungen und führt diese wiederum auf die allgemeine wirthschaftliche Bedrängniß zurück. Allein, die Freunde jenes großen Gedankens werden sich durch solche Bertröstung schwerlich befriedigt fühlen, um so weniger, als man sich auf Grund der officiellen Nachweisungen über die Resultate der Dismembration von den „ungünstigen Erfahrungen“ nicht recht überzeugen kann. Für die bis jetzt parzellirten Grundstücke ist durchweg ein Kaufpreis erzielt worden, welcher zu dem Pachtzins, der im Falle der Wiederverpachtung zu erlangen gewesen sein würde, in angemessenem Verhältniß steht. Für die Erfüllung der Bebauungsbedingungen ist die vertragsmäßige Frist noch nicht abgelaufen. Die ungünstigen Erfahrungen werden also wohl in Bezug auf die Erfüllung der Zahlungsbedingungen gemacht sein. Gerade hier aber liegt die schwache Seite des von der Regierung beobachteten Systems. Ganz ohne Zweifel ist diese Veräußerung von Domänen viel zu sehr nach einseitig fiscalischen Gesichtspunkten betrieben worden. Es gilt, die Angelegenheit in erster Linie als eine volkswirthschaftliche, als eine überaus wichtige Frage des Nationalwohls anzufassen. Von diesem Standpunkte aus werden auch die Erwerbungsbedingungen zu regeln sein. Der Abg. Sombart hat in einem vortrefflichen Vortrage nachgewiesen, wie unter den veränderten Verkehrs- und Produktionsverhältnissen in der deutschen Landwirthschaft das Latifundienssystem immer unrentabler werden muß, und wie Alles auf die Vermehrung und Begünstigung des Kleinbetriebes als das volkswirthschaftlich Richtige hinweist. Es ist nicht möglich, daß dies Mahnwort eines sehr kompetenten Praktikers in den Wind geschlagen werde. Wir denken, man wird bei der dritten Lesung des Stats auf die Sache zurückkommen.

Der Etat der directen Steuern gab einigen Rednern Gelegenheit, ihre Bemerkungen aus der Generaldebatte zu besserer Beherzigung nochmals zu wiederholen; namentlich von ultramontaner Seite wurde das Thema von der Steuerschraube, welche zur Chicanirung der der Verwaltung mißliebigen Staatsbürger mißbraucht werden soll, mit den üblichen demagogischen Seitenblicken behandelt. Daß die Regierung in Bezug auf die Steuerveranlagung den gewählten Einschätzungscommissionen gegenüber so gut wie machtlos ist, braucht die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ ihrer Gefolgschaft allerdings nicht zu verrathen. Ein umfassender Steuerreformplan wurde übrigens jetzt in der zweiten Berathung ebenso wenig vorgebracht wie in der Generaldebatte. Inzwischen hat die Fortschrittspartei aus ihrer Mitte einen Ausschuß niedergesetzt, um einen solchen auszuarbeiten. Wenn die Herren sich nicht dazu verleiten lassen, möglichst rasch eine blendende Denkschrift abzufassen, sondern wenn sie den überaus verwickelten und schwierigen Fragen auf den Grund gehen, so kann ihre Arbeit eine recht verdienst-

volle werden. Die Budgetcommission beschäftigt sich inzwischen mit Vorschlägen zu einer zweckmäßigeren Handhabung des bestehenden Systems, namentlich mit einer Vereinfachung des Veranlagungs- und des Recursverfahrens. Die Regierung hat auch einen entsprechenden, freilich sich auf das äußerste Minimum beschränkenden Gesetzentwurf vorgelegt. Ob es bei der Kürze der Session gelingen wird, denselben im Sinne jener in der Budgetcommission verhandelten Vorschläge zu vervollständigen, ist zweifelhaft. Der Impuls zu einer umfassenden Steuerreform wird vielleicht vom Reiche zu erwarten sein. Die Uebertragung der Stempelsteuern auf das Reich ist auf die Dauer nicht zu vermeiden; sie kann aber nicht erfolgen, ohne eine Revision der Steuergesetzgebung der Einzelstaaten nach sich zu ziehen.

Wichtige Fragen, welche der Abgeordnete Eberty bei dem Titel „Strafanstaltswesen“ zur Sprache brachte, gingen unter der Unruhe eines durch bereits fünfstündige Verhandlung ermüdeten Hauses fast zu Grunde. Allzusehr ist dies nicht zu bedauern, da eine einheitliche Regelung des Gefängnißwesens hoffentlich in nicht zu ferner Zukunft vom Reich zu erwarten steht, die betreffenden Debatten also auch in den Reichstag gehören. Ueber die Controversen, wie die Gefangenen unter dem disciplinaren wie unter dem volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte am zweckmäßigsten zu beschäftigen sind, hat die Petitionscommission des Reichstags am Schlusse der letzten Session einen vorzüglichen Bericht erstattet.

x. 9.

Die Reichstagswahlen in Schlesien.

Während sich nach nunmehriger Feststellung der Wahleresultate im ganzen Reich die Physiognomie des deutschen Reichstages im Wesentlichen nicht verändert hat, sind doch bei den Wahlen selbst bezeichnende Verhältnisse hervorgetreten, die Anlaß zu Betrachtungen zu geben geeignet sind.

Die Wahlen in der Provinz Schlesien aber grade geben ein interessantes Bild sowohl des Wahlkampfes als des Wahleresultates. Es haben nämlich nach dem definitiven Gesamteresultat bei der letzten Reichstagswahl in Schlesien gewonnen: je einen Sitz die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten, drei Sitze die Ultramontanen; verloren: zwei Sitze die Fortschrittspartei, drei Sitze die deutsche Reichspartei. Die eigenartigen Ver-